

SUSANNE SCHATTENBERG: BREMER RUSSLAND-EXPERTIN ÜBER DIE UKRAINE, WELTKRIEGSGEDENKEN UND DIE EU

„Putin schüttet alles mit Geld zu“



Susanne Schattenberg (55) ist seit Oktober 2008 Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und damit Nachfolgerin des Gründers Wolfgang Eichwede. Die Professorin für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas forscht vor allem zur Sowjetunion.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

US-Präsident Donald Trump wollte den Krieg in der Ukraine ursprünglich binnen 24 Stunden beenden. Könnte er es zumindest bis Jahresende schaffen?

Susanne Schattenberg: Nein, das glaube ich nicht. Er hatte ja selbst schon auf 100 Tage erhöht, und viele Beobachter sind erstaunt, dass seine Aufmerksamkeitsspanne überhaupt so weit gereicht hat. Nun verliert er offenbar die Lust an dem Thema. Ich denke, dass ihm die Befriedung nicht gelingen wird, weil Russlands Staatschef Wladimir Putin diesen Krieg nicht beenden will.

Offenbar hat Trump ja auch ein Personalproblem: Sein Ukraine-Beauftragter Steve Witkoff hat keinerlei diplomatische Erfahrung, der ist doch Putin oder dessen Außenminister Sergej Lawrow gar nicht gewachsen.

Das ist ja das Neue an der zweiten Trump-Administration: Der Präsident hat sich vor allem Leute gesucht, die willfährig sind. Qualifikation im herkömmlichen Sinn spielt da gar keine Rolle. Das rächt sich jetzt bitter für alle anderen, und Europa sieht er ohnehin als Ballast und Bürde an. Die Ukraine ist Teil davon, und dieses Problem will er schnell loswerden. Trump hat kein Interesse daran, dass ein überfallener Staat zu seinem Recht kommt oder dass ein Aggressor in die Schranken gewiesen wird. Ihm ist auch nicht an einer europäischen Friedensordnung gelegen, er will einfach Ruhe haben und Geschäfte machen.

Wird es die Ukraine als souveränen Staat noch geben, wenn sich die USA frustriert völlig aus dem Konflikt zurückziehen?

Das liegt in den Händen der Europäer. Sie müssen entschlossen und geschlossen sagen: Wir unterstützen weiterhin die Ukraine – komme, was wolle. Das heißt, mit entsprechender Finanz- und Waffenhilfe einzuspringen. Wirtschafts- und Rüstungsexperten sagen ja, dieses Potenzial habe Europa. Ob es aber so schnell aktiviert und zur Verfügung gestellt werden kann, wie es bisher die USA getan haben, ist sehr fraglich.

Europa wirkt uneins und hilflos. Wie sollten sich die großen Staaten – Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Spanien, Schweden – verhalten?

Die müssten eher gestern als heute vorangehen – auch, um eigene Interessen zu wahren. Wir sehen doch seit Jahrzehnten bei Putin, dass er nur auf Stärke reagiert und andere Staaten oder Staatenbünde nur ernst nimmt, wenn die eine klare Sprache sprechen und dies auch militärisch untermauern. Ein Bündnis der Willigen muss die Ukraine uneingeschränkt unterstützen, Frankreich und Großbritannien müssen gegebenenfalls bereit sein, einen atomaren Ersatzschirm aufzuspannen. Nur dann hat Europa eine Chance.

Ganz konkret: Auch Taurus-Marschflugkörper liefern? Oder wird Deutschland dann sofort Kriegsgegner Russlands mit allen Folgen?

Völkerrechtlich ist es eindeutig nicht so, solange es bei Waffenlieferungen bleibt und keine eigenen Soldaten geschickt werden. Da sehe ich keinen Unterschied zu bisherigen Panzerlieferungen. In Deutschland sind wir Putins Rhetorik zum Opfer gefallen, er würde dann Deutschland als seinen direkten Kriegsgegner wahrnehmen. Man muss hier unterscheiden zwischen der tatsächlichen Gefahrenlage und seiner geschickten Propaganda.

Kann Taurus den Krieg entscheiden?

Eher nicht, aber Taurus ermöglicht es der Ukraine, Militäreinrichtungen jenseits der eigenen Grenze zu zerstören und sich so besser gegen Raketenangriffe zu wehren. Es wäre ein Schritt, der aber von vielen anderen Maßnahmen flankiert sein müsste.

Friedensbewegte Ostermarschierer treibt zudem um, dass die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland unkalkulierbare Risiken birgt. Was wäre die richtige Antwort auf die russische Hochrüst-



Kein Ende absehbar: In der Stadt Slavuta kniet ein Mann mit ukrainischer Fahne aus Respekt neben dem Trauerzug für einen gefallenen Soldaten.

FOTO: IMAGO/ANDREAS STROH

tung?

Leider auch Hochrüstung. In Zeiten des Kalten Krieges bin ich selbst auf die Ostermärsche gegangen, aber es war eben eine andere Situation. Jetzt befinden wir uns in einem heißen Krieg mit einem Gegner, der nur auf Waffenpotenzial reagiert. Wir sind leider wieder in dieser Abschreckungslogik angefangen.

Manche bestreiten, dass Russland überhaupt willens und in der Lage ist, Nato-Territorium anzugreifen.

Unter Osteuropa-Experten und Analysten besteht eine große Einigkeit, dass Russland kurz davor steht, die Reaktionsfähigkeit der Nato zu testen. Es geht nicht darum, ganze Nato-Staaten zu besetzen oder weitere großflächige Kriege wie in der Ukraine zu führen.

„Unter Osteuropa-Experten besteht Einigkeit, dass Russland kurz davor steht, die Reaktionsfähigkeit der Nato zu testen.“

Sondern? Was ist da vorstellbar?

Im Osten Estlands etwa gibt es in Narwa eine russischsprachige Mehrheit. Dort könnte Putin ähnlich wie auf der Krim 2014 Elitesoldaten ohne Hoheitszeichen hinschicken, sogenannte grüne Männchen. Er würde dann behaupten, die sollten die schikanierte russische Bevölkerung schützen. Würde die Nato das als Angriff Russlands auffassen? Und wie würde sie reagieren?

Und dann?

Es könnte die europäischen Staaten davon abhalten, sich stärker in der Ukraine zu engagieren, weil sie hier einen eigenen Kriegsschauplatz hätten. Und wenn die Nato nicht ganz entschieden reagieren würde, wäre ihre Glaubwürdigkeit dahin. Für Putin hieße das, er kann dann völlig frei operieren in Europa.

Sie haben eine umfangreiche Biografie von Leonid Breschnew verfasst. Zu seiner Amtszeit als Vorsitzender der KPDSU marschierte die Sowjetunion unter anderem in die CSSR und in Afghanistan ein. Wo ähnelt Putin ihm, wo unterscheidet er sich?

Putin unterscheidet sich zumindest in der Hinsicht von Breschnew, dass Breschnew

eigentlich die Annäherung an den Westen suchte. Sowohl der Einmarsch in Prag als auch in Kabul waren für ihn Schritte, die er eigentlich vermeiden wollte. Andererseits wollte er keinen Einflussbereich verlieren: Die Tschechoslowakei sollte kein freier Staat werden und Afghanistan nicht in den Einflussbereich der USA gelangen. Das ist zwar ein ähnliches imperiales Denken wie später bei Putin, aber Waffengewalt war bei Breschnew immer erst die allerletzte Handlungsoption.

Woraus schließen Sie das?

Er hat die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die KSZE, angestoßen. Erst Putin hat sich daraus zurückgezogen. Auch sämtliche Abrüstungsabkommen der 1970er- und 80er-Jahre hat Breschnew

mit auf den Weg gebracht. Letztendlich war Koexistenz sein Ziel, und bei Putin sehen wir leider eher das Gegenteil.

Friedensnobelpreisträgerin Irina Scherbakowa sagte schon 2022, dass Putins Regime faschistisch ist oder zumindest faschistoide Züge hat. Übertreibt sie?

Ich schätze sie sehr und ich würde nicht sagen, dass sie übertreibt. Aber faschistisch wird im russischen Sprachgebrauch etwas anders genutzt als bei uns. Im Deutschen würde ich das nicht so pauschal anwenden, weil es bezogen auf das NS-Regime eine Relativierung ist. In der russischen Opposition beinhaltet es eher den Vorwurf, dass man sich mit dem Überfall auf die Ukraine mit Hitler gleichmache.

Vor 80 Jahren endete der Zweite Weltkrieg in Europa, und ohne die immensen Opfer der Sowjetunion wäre das Nazi-Regime vielleicht nie endgültig besiegt und vernichtet worden. Ist es vertretbar, heute russische Offizielle nicht zu Gedenkfeiern einzuladen? Ganz entschieden: ja. Zum einen sind wir Deutschen langsam, aber viel zu spät davon weggekommen, die Sowjetunion mit Russ-

land gleichzusetzen. Die rund 28 Millionen Toten des deutschen Vernichtungsfeldzuges waren zu einem großen Teil Ukrainer, Weißrussen und Balten. Vom riesigen Russland wiederum war nur ein ganz kleiner Teil von deutschen Truppen besetzt worden, aber ein Viertel der sowjetischen Opfer waren Ukrainerinnen und Ukrainer.

Doch es gab eben auch Millionen russische Opfer.

Ja, aber 1945 steht ganz generell zunächst für die Befreiung von Nationalsozialismus, Diktatur und Krieg – auch der Ukraine, des Baltikums, Weißrusslands. Wie kann man das jetzt feiern, wenn Russland gerade versucht, die Ukraine wieder mit Gewalt unter seine Kontrolle zu bringen? Das ist genau das, was Scherbakowa ihrer Regierung vorhält: Sie handelt wie einst Hitler.

Offenbar braucht Putins Propaganda die Weltkriegsgedenken ja gar nicht, um den Großteil der russischen Bevölkerung von der Rechtmäßigkeit des Überfalls auf die Ukraine zu überzeugen. Warum funktioniert das, obwohl es ja auch zahlreiche verwandtschaftliche Beziehungen zwischen beiden Völkern gibt?

Der Trick ist, dass Putins Propaganda die Ukrainerinnen und Ukrainer nicht als Feinde darstellt. Man sagt vielmehr, der Westen habe die arme Ukraine unter seinen Einfluss gebracht und in Kiew ein faschistisches Regime installiert. Dieses wiederum lasse es zu, dass das Land als Aufmarschgebiet gegen Russland missbraucht werde. Propagandistisch geht es also um eine Befreiung des Brudervolkes.

Und das erscheint vielen nicht als zu simpel?

Nach Meinungsumfragen sind stabil rund 20 Prozent fundamentalistische Putin-Anhänger. Weitere 20 Prozent sind Gegner seiner Politik, von denen sind auch viele bereits ausgereist. Und 60 Prozent sind eher indifferent, was Putin stark befördert hat: Ihr bekommt relativen Wohlstand und haltet euch raus aus der Politik, lautet sein Deal.

Aber Putins Krieg fordert doch auch unter den Russen erhebliche Opfer. Nato-Quellen sprechen von 900.000 gefallenen oder verwundeten Soldaten.

Zum einen wird gegen alle Kritiker des Krieges mit massiver Polizeigewalt vorgegangen. Das machte auch vor Soldatenmüttern nicht halt, die lediglich mit weißen Kopftüchern stumm am Kreml protestierten. Viel wesentlicher ist aber, dass Putin alle mit Geld zuschüttet. Wer in den Krieg zieht, bekommt ein Vielfaches des Durchschnittslohns als Sold. Hinterbliebene von Gefallenen erhalten große Summen. Und es wird ganz gezielt in den entlegenen, ärmeren ländlichen Gebieten angeworben.

Und das kann Putin noch lange durchhalten?

Solange er weiter genügend Öl und Gas in Asien verkaufen kann, ist das so.

In Deutschland wiederum – vor allem im Osten – entdecken viele wieder eine emotionale und historische Nähe zu Russland. Irritiert Sie das als Russland-Expertin? Oder können Sie das nachvollziehen?

Es irritiert mich als Historikerin, denn diese nostalgischen Gefühle beruhen ja nicht auf positiven Erfahrungen mit Moskau in der DDR-Zeit. Es hat vielleicht eher damit zu tun, dass man sich nach der Wiedervereinigung irgendwie abgehängt gefühlt hat. Und dort, wo die Öl- und Gaspipelines aus Russland ankamen, etwa in Schwedt, sah man nach der Wende darin einen gewissen Garanten für Wohlstand.

Hat erst der Beitritt ehemaliger Ostblockstaaten zu EU und Nato Russland in die Enge gedrängt und aggressiv gemacht?

Nein, auch das ist Kreml-Propaganda. Wir haben gerade in den 1990er-Jahren eine ganz starke Kooperation gehabt, etwa den Nato-Russland-Rat. Da hatte man in Brüssel überall Russisch gehört. Die Entfremdung wurde von Putin konstruiert, spätestens seit er 2005 den Zusammenbruch der UdSSR als „größte geopolitische Katastrophe“ bezeichnete.

Sehen Sie Chancen, dass Russland eines Tages ebenso in die europäische Wertegemeinschaft integriert wird wie Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg?

Das ist meine ganz große Hoffnung. Doch unter Putin bewegt sich Russland leider ganz entschieden weg von Europa.

Das Gespräch führte Joerg Helge Wagner.